

«Wir brauchen 1000 Lehrlinge»

Die IT-Branche habe die Ausbildung vernachlässigt, sagt Verbandspräsident Ruedi Noser

Ruedi Noser, IT-Verbandspräsident und FDP-Nationalrat, sagt, warum die Schweiz dringend mehr Informatik-Lehrlinge braucht und weshalb die Branche mit einem schlechten Image kämpft.

SVEN MILLISCHER

Herr Noser, Ihr Verband ICT Switzerland hat ein Programm lanciert, um jährlich 1000 neue Informatik-Lehrstellen zu schaffen. Weshalb?

Ruedi Noser: Die Schweiz braucht in der Informatikbranche jedes Jahr 5000 bis 6000 Neueinsteiger, damit der Nachwuchs gesichert ist. Doch jährlich können 1500 bis 2500 Stellen nicht besetzt werden. Es besteht also dringender Handlungsbedarf für qualifizierte Fachkräfte.

Wo liegen die Gründe?

Noser: Seien es Testmanager, IT-Controller oder Produkte-Manager, viele Berufsbilder der Informatikbranche sind gänzlich unbekannt. Dies, obwohl Sie unseren Alltag prägen. Früher ging man zum Elektriker, wenn das Telefon nicht funktionierte. Heute wird ein Netzwerkspezialist für IT-Telefonie aufgebildet.

Die Unternehmen sollten doch ein Interesse daran haben, dass solche Berufe ausgebildet werden.

Noser: Die Branche hat sich bisher zu wenig um die Nachwuchsförderung gekümmert. Insbesondere die Entwicklung neuer Berufsbilder wurde vernachlässigt. Wir sind eine junge Branche, die mit anderen Problemen zu kämpfen hatte.

Der Lehrlingsnotstand ist also hausgemacht?

Noser: Ja, es muss uns als IT-Branche gelingen, mehr Lehrstellen anzubieten und die Inhalte der Berufsbildung selbst zu definieren.

Bis 2030 braucht die Schweiz

180 000 neue Informatiker. Reicht da



RUEDI NOSER «Die Berufsbilder der Informatik sind unbekannt.» M. STOLLENWERK

überhaupt eine Bildungsoffensive aus, um die Lücke zu schliessen?

Noser: Junge Schweizer müssen die Möglichkeit haben, in der Informatik Fuss zu fassen. Schafft es die IT-Branche, tausend zusätzliche Ausbildungsplätze anzubieten, dann ist viel erreicht. Aber wir werden auch weiterhin auf Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen sein.

Allein bei der Credit Suisse arbeiten 20 Prozent der IT-Abteilung in Indien. Inwiefern schadet das Offshoring dem Ansehen der Branche?

Noser: Da hat man in der Vergangenheit sicher unvollständig kommuniziert: Ins Ausland auszulagern, bedeutet nicht zwangsläufig Stellenabbau in Schweiz. Um beim Beispiel der Credit Suisse zu bleiben: Die

Update

Der IT-Dachverband ICT Switzerland hat ein Berufsbildungsprogramm lanciert: Bis 2015 sollen jährlich tausend zusätzliche Lehrstellen geschaffen werden. Die Zahl der IT-Lehrlinge stagniert seit Jahren, obwohl der Bedarf ansteigt. In den nächsten 20 Jahren benötigt die Branche 180 000 Nachwuchskräfte.

Grossbank beschäftigt heute zwanzig Prozent mehr Leute in der IT-Abteilung als noch vor fünf Jahren.

Die Zahl der Lehrlinge stagniert, jene der Studenten hat sich in den letzten Jahren gar halbiert. Hat die Informatik ein Imageproblem?

Noser: Ja, ein Stück weit schon. Bis zur Jahrtausendwende war die Branche eben verwöhnt. Da kamen die Jungen von selber. Mit dem Platzen der Internetblase haben die Informatikerberufe an Glanz verloren. Informatiker gelten gemeinhin als introvertierte Grübler, die den ganzen Tag hinter dem Bildschirm hocken. Aber in Tat und Wahrheit erfordern viele IT-Berufe ein ausgeprägtes Verkaufs- oder Kommunikationstalent.

Inwiefern hat die Krise den Arbeitskräftemangel entschärft?

Noser: Wir finden heute Leute, aber wir finden nicht unbedingt Schweizer. Und bei den Grossbetrieben gibt es noch immer viele Spezialistenjobs, die nicht besetzt werden können.

Wie steht es um die längerfristigen Jobaussichten?

Noser: Ich bin fest davon überzeugt, dass die Informatik in den nächsten zehn Jahren stärker wachsen wird als der übrige Arbeitsmarkt. Informationsverarbeitung wird zu einer Schlüsselkompetenz.

Finanzminister Woerth meidet die Schweiz

Die Jagd auf Steuersünder brachte dem französischen Staat 700 Millionen Euro ein

Frankreich hat von seinen Steuerflüchtlern 700 Millionen Euro «zurückgeholt», wie Budgetminister Eric Woerth behauptet. In die Schweiz wagt er sich allerdings nicht mehr.

STEFAN BRÄNDLE, PARIS

Wenn andere es nicht tun, muss sich Eric Woerth eben selber loben. Die Jagd auf Steuersünder sei ein «wahrer Erfolg», meinte er im Pariser Wochenmagazin «L'Express». Der Budgetminister gab bekannt, dass sich bis zum Jahresende 3500 Personen bei der Meldezentrale «geoutet» hätten. Dies

ist eine direkte Folge seiner Drohung vom Herbst mit einer umstrittenen – weil in Genf gestohlenen – Liste von Franzosen, die ihr Geld in Schweizer Banken horten.

«Das hat es uns erlaubt, nahezu 700 Millionen Euro zurückzuerlangen», erklärte Woerth. «Diese 3500 Personen haben zusammen 6 Milliarden Euro an Vermögen, die im Ausland angelegt wurden, und diese Gelder wurden im Durchschnitt zu zwei Dritteln nach Frankreich zurückgeführt.» Das würde bedeuten, dass bisher 4 Milliarden Euro aus Schweizer – mehrheitlich

Genfer – Banken ihren Heimweg nach Frankreich angetreten hätten. Die französische Presse spendete gestern aber eher verhaltenen Applaus. Laut der linksliberalen Zeitung «Le Monde» haben sich vor allem Franzosen gemeldet, die ihr Geld in der Schweiz geerbt und einfach dort belassen hätten. Diese meist älteren Personen entsprechen nicht unbedingt dem Profil eines gewiefen Steuerbetrügers. «Die Anwälte sind von der Wirksamkeit von Woerths Methode nicht überzeugt», schreibt «Le Monde». «Sie denken, dass sie bei den vorsätzlich handelnden

Betrüger nicht funktioniert. Diese speisen regelmässig ihre Konten in Finanzparadiesen und haben nicht die geringste Lust, ihre Situation zu regularisieren.»

Eine implizite Warnung sprach Woerth in dem Interview mit «L'Express» gegenüber der Schweiz aus. «Das ist ein Staat, der seine Versprechen einhält», meint er, um gleich anzufügen, die Schweiz habe sich «verpflichtet, das Bankgeheimnis im Rahmen der OECD-Abkommen aufzuheben». «Ich kann mir nicht einen Augenblick vorstellen, dass sie es nicht

macht, auch wenn ich weiss, dass es für sie ein grösseres kulturelles Umdenken bedeutet», führt Woerth aus.

Der Minister hätte eine gute Gelegenheit, dies den Schweizern persönlich zu erklären: In der aktuellen Goodwilltour durch europäische Finanzzentren wäre auch ein Halt in Genf geplant, wo die Auslandsfranzosen zur Rückführung ihrer Vermögen nach Frankreich überzeugt werden sollen. Laut dem «Figaro» will Woerth aber nicht in die Schweiz reisen. Er wisse, «dass man ihn dort nicht mit Blumen erwartet», heisst es.

Gisler



MARKUS GISLER

Keine Lösung des Boni-Problems

DER RETTUNGSPLAN, mit dem die US-Regierung ihre Finanz- und Autoindustrie gerettet hatte, verschlang 700 Milliarden Dollar. In der nachfolgenden Erholung zahlten die meisten Banken ihre Unterstützungsmilliarden mit Zinsen zurück. Derzeit sind 120 Milliarden nicht zurückbezahlt, säumig sind insbesondere die Hypothekarinstitute, die Versicherung AIG sowie die Autoindustrie. Nun plant die Regierung Obama, die ausstehenden Milliarden mittels einer Sondersteuer von den grössten Banken zurückzuholen, mit dem Argument, dass diese von der Rettungsaktion am meisten profitierten.

DAGEGEN WEHREN SICH vor allem jene Banken, welche die Staatshilfen bereits zurückbezahlt haben. Ihr Argument: Für die desolante Lage der Autoindustrie seien sie nicht verantwortlich. Problematisch ist auch das – erst in groben Zügen bekannte – Berechnungsmodell. Danach soll sich der Verteilungsschlüssel auf die Bilanzsumme stützen, was just jene bestraft, die viel Spargelder in den Büchern halten, während die schlanken Investmentbanken, die das Desaster weitgehend verursacht haben, günstig fahren würden.

DIE SONDERSTEUER, so sehr sie zu begrüssen ist, hat allerdings einen Haken: Was den Banken derzeit vor allem fehlt, ist Eigenkapital, das ja gemäss den G-20-Plänen nach einheitlichen Regeln aufgestockt werden soll. Werden jetzt die US-Banken zur Zahlung von 120 Milliarden verpflichtet, fehlt diese Summe für den Aufbau von Kapitalpolstern.

UNGELÖST IST AUCH DIE BONUSFRAGE. Zwar haben Topmanager etwa von Goldman Sachs verkündet, für 2009 auf den Bonus zu verzichten. Doch unbestritten ist, dass die Gewinne auch der von der Krise weitgehend verschont gebliebenen Banken nur möglich geworden sind, weil Regierungen und Notenbanken mit ihren Geldspritzen den Systemkollaps verhindert hatten. Kein Wunder, werden die Boni als ungerechtfertigt betrachtet. Doch keinem Finanzplatz ist es bisher gelungen, der hohen Boni Herr zu werden. Zwar sind überall die Systeme so angegliedert worden, dass die Auszahlung verzögert und künftige Verluste mit einkalkuliert werden. Aber an der Höhe der Boni hat sich nichts geändert.

OHNE EINHEITLICHE internationale Bestimmungen ist eine Lösung nicht möglich. Weil es im privaten Sektor jedem Arbeitgeber überlassen ist, wie er seine Mitarbeiter entlohnen will, kann es aus systemischen Gründen keine nominelle Beschränkung geben. Ökonomen schlagen deshalb eine Systemänderung vor: Wären die Banken gezwungen, massiv höhere Eigenkapitalquoten zu halten, so dass die Aktionäre im Krisenfall viel eigenes Geld verlieren, wären diese auch nicht mehr bereit, ihren Mitarbeitern de facto die Hälfte des erwirtschafteten Ertrags in Form von Löhnen und Boni abzutreten. Doch so einfach diese Lösung klingt, auch sie scheitert an der fehlenden internationalen Zusammenarbeit.

Nachrichten

Schwergewichte stützen die Börse

Der Swiss Market Index (SMI) stieg am Mittwoch um 0,19 Prozent auf 6554 Punkte. Unterstützung erhielt der Markt von den Index-Schwergewichten Novartis (+1,2 Prozent) und Roche (+0,6 Prozent). Zu den Gewinnern zählten auch Richemont (+2,5 Prozent), Swatch Group (+2,4 Prozent), Petroplus (+2,5 Prozent) und Clariant (+4,0 Prozent). Schwächer tendierten die Finanztitel; UBS verloren 1,4 Prozent, CS verbilligten sich um 0,6 Prozent. (MZ)

Zuversicht Umfrage unter Schweizer Unternehmern

Über 80 Prozent von 368 befragten Führungskräften von Firmen in der Schweiz rechnen für 2010 mit einer leichten bis mittleren Verbesserung des Weltwirtschaftsklimas. Gleichzeitig zeugen die geplanten Massnahmen von Vorsicht, wie eine Umfrage der Universität Zürich zeigt. Grosse Unterschiede zeigten sich jedoch bei der branchenabhängigen Analyse: Besonders optimistisch zeigten sich demnach das Transportwesen sowie die Banken und Versicherungen. (MZ)

Flughäfen Weniger Passagiere in Zürich und Basel

Im vergangenen Jahr sank die Zahl der Passagiere auf dem Flughafen Zürich um 0,8 Prozent auf 21,9 Millionen. Das Frachtvolumen glied demgegenüber um 11,2 Prozent zurück. Die Zahl der Lokalspassagiere sank um 3 Prozent auf 13,8 Millionen. Der Euro-Airport in Basel-Mülhausen hat einen Rückgang der Passagierzahl um knapp 10 Prozent auf 3,85 Millionen gemeldet. Beide Flughäfen gaben vergleichsweise deutliche Rückgänge des Frachtvolumens bekannt. (DDP)

Barry Callebaut Leader hält sich auf Wachstumskurs

Der weltgrösste Kakao- und Schokoladekonzerne Barry Callebaut ist im Ende November 2009 abgeschlossenen ersten Quartal des neuen Geschäftsjahres weiter gewachsen. Der Umsatz nahm in dem wegen der Lieferungen für das Weihnachtsgeschäft wichtigen Quartal um 1,5 Prozent auf 1,45 Milliarden Franken zu. In Lokalwährungen nahmen die Verkäufe um 6,3 Prozent zu. Die Absatzmenge kletterte um 7,2 Prozent. CEO Jürgen Steinemann glaubt, die Talsohle sei nun erreicht. (MZ)

Renault Clio-Produktion soll in Frankreich bleiben

Autobauer Renault hat auf Druck der französischen Regierung die Beibehaltung der Clio-Fertigung in Frankreich zugesichert. Berichten zufolge war eine Verlegung in die Türkei geplant. Die Fertigung des Kleinwagens in Spanien und Slowenien werde beendet, kündigte die Firmenspitze gestern an. 2009 hatte der Staat Renault und PSA Peugeot Citroën mit jeweils 3 Milliarden Euro unterstützt. Der französische Staat ist mit einem Anteil von 15 Prozent der grösste Aktionär von Renault. (DDP)